



Detailansicht des Registereintrags

Deutscher Hebammenverband

Stand vom 03.06.2025 15:22:12 bis 18.06.2025 16:16:41

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000395
Ersteintrag:	10.02.2022
Letzte Änderung:	03.06.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	20.06.2024
Tätigkeitskategorie:	Berufsverband
Kontaktdaten:	Adresse: Gartenstraße 26 76133 Karlsruhe Deutschland
	Telefonnummer: +493039406770 E-Mail-Adressen: info@hebammenverband.de Webseiten: https://www.hebammenverband.de/startseite/ https://hebammenkongress.de/ https://hebammenforum.de/ https://www.dhv-zukunftsforum.de/
Hauptstadtrepräsentanz:	Lietzenburger Straße 53 10719 Berlin
	Telefonnummer: +493039406770 E-Mail-Adresse: info@hebammenverband.de
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23	
Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit	

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

160.001 bis 170.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

1,60

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Ulrike Geppert-Orthofer MSc

Funktion: Präsidentin

2. Ursula Jahn-Zöhrens

Funktion: Beirätin für den Selbständigenbereich (Mitglied des Präsidiums)

3. Dipl. Soz.Päd. (FH) Andrea Körke MSc

Funktion: Beirätin für den Angestelltenbereich (Mitglied des Präsidiums)

4. Prof.in Dr.in Lea Beckmann

Funktion: Beirätin für den Bildungsbereich (Mitglied des Präsidiums)

5. Dorothee Eisenhardt

Funktion: Schatzmeisterin (Mitglied des Präsidiums)

6. Vivian Stehmeier-Denker BSc

Funktion: Schriftführerin (Mitglied des Präsidiums)

7. Dirk Günther Diplom Politikwissenschaftler

Funktion: Geschäftsführer (Besonderer Vertreter nach § 30 BGB)

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (6):

1. Eva Marie Plonske B.A.

2. Linda Tiedemann Master of Arts

Tätigkeit bis 07/21:

Wissenschaftliche Mitarbeiterin

für ein Mitglied des Deutschen Bundestages

3. Ulrike Geppert-Orthofer MSc

4. Ursula Jahn-Zöhrens

5. Dipl. Soz.Päd. (FH) Andrea Körke MSc

6. Prof.in Dr.in Lea Beckmann

Gesamtzahl der Mitglieder:

81 Mitglieder am 23.11.2023, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (25):

1. Deutscher Frauenrat - Lobby der Frauen in Deutschland e.V.
2. Deutscher Pflegerat e.V. DPR
3. AG FIDE e.V. / Frauengesundheit in der Entwicklungszusammenarbeit
4. Aktionsbündnis Patientensicherheit e.V.
5. Arbeitsgemeinschaft Medizinalfachberufe in der Therapie und Geburtshilfe
6. Bündnis Gute Geburt
7. Arbeitskreis Frauengesundheit e.V. (AKF)
8. BAG Mehr Sicherheit für Kinder e.V.
9. Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e.V. (BVPG)
10. Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit (KLUG)
11. Deutsche Gesellschaft für Hebammenwissenschaft (DGHWI)
12. Deutsche Gesellschaft für Neugeborenenscreening e.V.
13. Deutsche Liga für das Kind
14. European Midwives Association (EMA)
15. Hochschulverbund Gesundheitsfachberufe e.V. (HVG)
16. International Confederation of Midwives (ICM)
17. Nationale Stillförderung e. V.
18. Netzwerk gegen Selektion durch Pränataldiagnostik
19. Gesellschaft für Qualität in der außerklinischen Geburtshilfe e. V. (QUAG)
20. Verein zur Förderung eines Nationalen Gesundheitsberufes
21. Initiative Babyfreundliches Krankenhaus (BFHI)
22. European Forum of National Nursing and Midwifery Associations EFNNMA
23. Fälle für Alle e.V.
24. Netzwerk zur Förderung und Koordinierung der Geburtshäuser in Europa
25. Netzwerk gegen Selektion durch Pränataldiagnostik

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (6):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Berufliche Bildung; Hochschulbildung; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst sowie durch die Beauftragung Dritter wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der DHV ist der Berufsverband der Hebammen (w/m/d) und die Interessenvertretung der Mitgliedshebammen in den 16 Landesverbänden. Als Interessenvertretung von angestellten und freiberuflichen Hebammen, Lehrenden für Hebammenwesen, Wissenschaftlerinnen*, Familienhebammen, hebammengeleiteten Einrichtungen und werdenden Hebammen in Ausbildung und Studium möchte der DHV eine menschenwürdige Geburtskultur mitgestalten.

Der DHV tritt insbesondere auch ein für

- die Wahrnehmung und Förderung der beruflichen und wirtschaftlichen Interessen aller Hebammen
- die Vertretung der Belange der Hebammen bei Mandatsträgerinnen*, Behörden, Gewerkschaften, Gerichten, Krankenkassen, anderen Berufs-, Standes- und sonstigen Organisationen sowie in der Öffentlichkeit.
- die Förderung der frauzentrierten, physiologischen Geburtshilfe und Betreuung der Frauen und Familien in Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett

Um diese Ziele zu erreichen informiert der DHV unter Mithilfe von Positionspapieren, Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit über Herausforderungen, Probleme und Potenziale im Bereich der Geburtshilfe und der Hebammenarbeit. Der DHV macht im Bereich der genannten Themen Vorschläge für gesetzliche Regelungen und nimmt Kontakt auf zu Politikerinnen und Politikern, um den direkten Dialog zu fördern, unter anderem auch im Rahmen von Veranstaltungen wie dem Deutschen Hebammenkongress oder bei Parlamentarischen Abenden. Des Weiteren beteiligt sich der DHV an vielfältigen Stellungnahmeverfahren von Ministerien oder Ausschüssen des Bundestages, aber auch darüber hinaus bei Institutionen des Gesundheitswesens.

Konkrete Regelungsvorhaben (8)

1. Verbesserung Versorgungsqualität der Geburtshilfe in der Krankenhausreform (KVVVG)

Beschreibung:

In der klinischen Geburtshilfe existieren erhebliche Qualitätsdefizite. Im KVVVG sind folgende Maßnahmen daher notwendiges Minimum:

- Stärkung der physiologischen Geburt durch Hebammengeleitete Geburtshilfe im Gesetz z.B. Aufnahme der geprüften, interdisziplinären Hebammenkreißäle in die Regelversorgung
- Einführung verbindliche Personalbemessung zur Sicherstellung der 1:1-Betreuung unter der Geburt.
- Verbindliche Beteiligung Hebammen bei Weiterentwicklung der Leistungsgruppe Geburt, Stimmrecht im entsprechenden Ausschuss analog der Pflege.

Perspektivisch in der klinischen Geburtshilfe die bestehenden Qualitätskriterien grundlegend überarbeiten und finanzielle Fehlanreize beseitigen. Einführung mind. einer weiteren Leistungsgruppe "Hebammengeleitete Geburt" mittelfristig notwendig.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11854 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KVVVG)
Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [[alle RV hierzu](#)]; Gesundheitsförderung [[alle RV hierzu](#)];
Gesundheitsversorgung [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. [**SG2406190054** \(PDF - 9 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [[alle SG dorthin](#)]

2. [**SG2406190062** \(PDF - 2 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [[alle SG dorthin](#)]

3. [**SG2406190075** \(PDF - 3 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [[alle SG dorthin](#)]

4. [**SG2412170055** \(PDF - 13 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.09.2024 an:

Bundestag

Gremien [[alle SG dorthin](#)]

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [[alle SG dorthin](#)]

2. Im GVSG erweiterte Primärversorgungskonzepte verankern, Beteiligung von Hebammen im G-BA etablieren

Beschreibung:

- Das im Entwurf vorgeschlagene Mitberatungsrecht für Hebammen im G-BA präzisieren, indem es um ein eigenständiges Antragsrecht für die maßgeblichen Berufsverbände der Hebammen in den sie betreffenden Bereichen erweitert wird.
- Mittelfristig eine grundlegende Reform des G-BA, unter stärkerem Einbezug der Gesundheitsberufe und Patientenvertretung.
- Für einen niedrigschwlligen Zugang zur Gesundheitsversorgung neue Ansätze in der Versorgung und mehr Prävention im Gesetz verankern, Gesundheitsregionen und Optionen für Primärversorgungszentren etablieren. Dafür auch nicht-ärztliche Berufsgruppen wie Hebammen einplanen.
- Reformen für bessere Übergänge zwischen ambulanter und stationärer Versorgung in der Geburtshilfe, sowie sektorenübergreifende Versorgung.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11853 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune

(Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz - GVSG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2406190069 \(PDF - 7 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. [SG2412170056 \(PDF - 7 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.11.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. Reform der Notfallversorgung, Rettungsdienst

Beschreibung:

Der DHV hält eine Reform der Notfallversorgung für sinnvoll. Daher fordert der DHV folgende Maßnahmen in Anlehnung an die vom BMG formulierten Eckpunkte zur Notfallversorgung und zum Rettungsdienst vom 16.01.2024:

1. Bundesweite Vorgaben für die flächendeckende Integration von Hebammen in Rettungsdienste bei Einsätzen mit geburtshilflichen Bezug zur Verbesserung der Qualität und Wahrung der Hinzuziehungspflicht
2. Einbindung der Geburtshilfe in Integrierte Notfallzentren (INZ), Krankenhäuser mit einem INZ werden verpflichtet, eine geburtshilfliche Ambulanz oder eine hebammengeleitete Portalpraxis 24/7 zu stellen und damit eine Entlastung der Kreißsäle

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Notfallversorgung (NotfallGesetz, NotfallG)

Datum des Referentenentwurfs: 03.06.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2408140008 (PDF - 5 Seiten)**

Adressatenkreis:

Versendet am 24.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

4. Anpassungen Haftpflichtversicherung Hebammen (Überlimitschäden und Haftpflichtprämien)

Beschreibung:

Einrichtung eines staatlichen Härtefallfonds für Überlimitschäden. Dieser übernimmt nur die Zahlungen, die eine Hebamme aufgrund der Überschreitung der Versicherungssumme in einem Schadensfall selbst zu entrichten hätte.

Beibehaltung der Berufshaftpflichtversicherung bei gesetzlicher Festschreibung der maximalen Haftpflichtsumme auf bis zu 12,5 Mio. Euro. Überführung von Überlimitschäden über 12,5 Mio. Euro aus der Berufshaftpflicht und der privaten Haftung in eine staatliche

Haftung.

Dauerhafte Absenkung der Versicherungsbeiträge über die Befreiung von der Versicherungssteuer, analog zu Lebens- und Berufsunfähigkeitsversicherungen.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

5. Besserer Einbezug der Gesundheitsberufe in die Digitalisierung, speziell bei Anwendungen im Bereich Geburtshilfe

Beschreibung:

Zu DigiG und GDAG: Bei der TI-Anbindung und für, auf den Versorgungsalltag zugeschnittene, digitale Anwendungen muss das Fachwissen aus den Gesundheitsberufen in die Verfahrensentwicklung eingebunden werden. Im Bereich der Telematikinfrastruktur TI fehlt aktuell die Perspektive einer kooperativen Versorgung, z.B. in Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett, die zum Vorteil aller Beteiligten wäre. Um eine gelingende Umsetzung neuer Anwendungen in der Praxis zu erreichen ist es erforderlich die Leistungserbringer engmaschig bei den "use cases" einzubeziehen und eine bessere prozessuale Begleitung der zukünftigen Anwendungen zu regeln.

Beim elektronischen Mutterpass und Kinderuntersuchungsheft ist es zwingend erforderlich, dass die Berufsvertretung der Hebammen mit einbezogen wird.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 377/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung einer Digitalagentur für Gesundheit (Gesundheits-Digitalagentur-Gesetz - GDAG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung einer Digitalagentur für Gesundheit (Gesundheits-Digitalagentur-Gesetz - GDAG) (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13249 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung einer Digitalagentur für Gesundheit - (Gesundheits-Digitalagentur-Gesetz - GDAG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung einer Digitalagentur für Gesundheit (Gesundheits-Digitalagentur-Gesetz - GDAG) (Vorgang)

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

6. Probenversand Neugeborenenscreening absichern

Beschreibung:

Der DHV empfiehlt im Postrechtsmodernisierungsgesetz verbindlich sicherzustellen, dass als Expressdienstleistung der sog. „Prio-Brief“ als Teil des Universaldienstes verpflichtend anzubieten ist. Für die Leistungsparameter ist es dabei unbedingt erforderlich, dass eine sehr hohe Verbindlichkeit der fristgerechten Zustellung garantiert wird. Ebenfalls sollte eine Briefkastenfähigkeit des Prio-Briefes erforderlich sein, die auch eine priorisierte Zustellung ermöglicht - nicht nur bei Filialeinlieferung.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 677/23 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Postrechts (Postrechtsmodernisierungsgesetz - PostModG)

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

PostG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406190119 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.05.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

7. Anpassungen in der Studien- und Prüfungsverordnung für Hebammen

Beschreibung:

- Unterstützung der Änderung der Studien- und Prüfungsverordnung für Hebammen, die Hebammenstudierenden ermöglicht, rechtssicher einen Praxiseinsatz im Ausland zu absolvieren
- Ergänzende Forderung: Berufspädagogische Weiter- und Fortbildungen sollen analog zu den Pflegeberufen in rein digitaler Form angeboten werden können.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 438/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Verordnung zur Änderung der Approbationsordnung für Zahnärzte und Zahnärztinnen und weiterer Verordnungen im Bereich der Heilberufe

Betroffenes geltendes Recht:

HebStPrV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu];

Hochschulbildung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2409090006 (PDF - 2 Seiten)**

Adressatenkreis:

Versendet am 11.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

8. **Gewalt in der Geburtshilfe als Problem anerkennen und strukturelle Verbesserungen schaffen**

Beschreibung:

Strukturelle Gewalt in der Geburtshilfe muss als Problem anerkannt werden und Bedingungen geschaffen werden, dieser entgegenzutreten. Ziel ist eine interventionsarme und frauzentrierte Geburtshilfe mit der Anerkennung individueller Bedürfnisse und Bedarfe.

- Gesetzliche Definition und Anerkennung von Gewalt in der Geburtshilfe und Gynäkologie.
- Weiterentwicklung und Anwendung des Konzepts der frauzentrierten Betreuung und Ausweitung auf alle an der Betreuung beteiligten Berufsgruppen. Dafür müssen die strukturellen Voraussetzungen geschaffen werden.

- Aufnahme der Zufriedenheit der Gebärenden als Qualitätskriterium, verpflichtende Nachgespräche zum Geburtserleben.
- Niedrigschwelliges Beschwerdesystem für die Opfer von Gewalt in der Geburtshilfe und Aufarbeitung der Fälle.

Interessenbereiche:

Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu];

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2412170075 (PDF - 5 Seiten)**

Adressatenkreis:

Versendet am 15.11.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [[alle SG dorthin](#)]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

5.480.001 bis 5.490.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

[2024_Jahresabschluss-2023.pdf](#)

Eigener Verhaltenskodex

[IB-1-1-04-Compliance-Richtlinie.pdf](#)